

19/1993

Erklärung des CDU-Bundesvorstandes:

Jeder muß seinen Beitrag im Kampf gegen Haß und Gewalt leisten

Die Mordtat von Solingen erfüllt die CDU Deutschlands — wie die überwältigende Mehrheit der Menschen in unserem Land — mit Trauer und Entsetzen. Unser tiefes Mitgefühl gilt den Familien und den Angehörigen der Opfer dieses Anschlags. Den Verletzten wünschen wir baldige Genesung, heißt es in einer Erklärung des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands anlässlich der Sitzung am 7. Juni 1993 in Bonn.

Die CDU tritt dafür ein, daß auch in Zukunft die traditionell freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei aufrechterhalten

(Fortsetzung auf Seite 2)

HEUTE AKTUELL

- **CDU**
Bundesvorstand gegen generelle doppelte Staatsbürgerschaft.
Seite 3
- **Paragraph 218**
Erläuterungen zum Urteil des Bundesverfassungsgerichtes.
Seite 9
- **Dokumentation**
Die soziale Pflegeversicherung kommt. Grüner Teil

Mit einem Leitfadenpaket und von der CDU-Bundesgeschäftsstelle vorbereiteten Aktionen und Materialien soll die Arbeit aller Parteigliederungen wirksam unterstützt werden: von der Zielgruppenansprache — gesondert für junge Leute und junge Frauen — bis hin zu Aktionen zur Mitgliederwerbung mit der Sonderaktion „Schnupper-Mitgliedschaft“. Siehe Seiten 20—23.

ZEIT Ergreifen
Sie Partei!
ZUM
MITMACHEN!
CDU

(Fortsetzung von Seite 1)

werden und das friedliche Zusammenleben mit unseren türkischen Mitbürgern keinen Schaden nimmt. Es waren Deutsche, die die Mordtat von Solingen begingen, aber es waren nicht die Deutschen. Jeder einzelne ist aufgerufen, seinen Beitrag zu den gemeinsamen Anstrengungen im Kampf gegen Haß und Gewalt zu leisten. Hierzu gehört nicht zuletzt die rückhaltlose Unterstützung der Arbeit unserer Sicherheits-, Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden, auch durch eine Verbesserung der gesetzlichen Grundlagen.

Wir vertrauen darauf, daß die Täter von Solingen mit allen rechtsstaatlichen Möglichkeiten zur Rechenschaft gezogen werden und ihre gerechte Strafe erfahren. Ausländerfeindliche Straftaten sind ein Angriff auf unsere Rechts- und Werteordnung und damit auch auf unsere Demokratie. Der Terror von rechts steht dem Terror von links in seiner Brutalität und Menschenverachtung in nichts nach. Er muß deshalb mit gleicher Entschiedenheit bekämpft werden.

Unsere Polizei muß in die Lage versetzt werden, rechtzeitig gegen aufmarschierende Gewalttäter vorgehen und dieselben dingfest machen zu können.

■ Die überwältigende Mehrheit der Deutschen lehnt Ausländerfeindlichkeit und Gewalt entschieden ab. Deutschland ist und bleibt ein fremdenfreundliches Land. Die in Deutschland lebenden Ausländer tragen mit ihrem Fleiß zu unser aller Wohlstand bei.

Sie haben in besonderer Weise die Spannung zwischen ihrem kulturellen Selbstverständnis sowie den Lebensbedingungen in einer zunächst unvertrauten Umgebung zu verkraften und verdienen deshalb sowohl Sympathie als auch Verständnis ihrer deutschen Mitbürger.

Geschehenes Unrecht kann nicht durch neues Unrecht wiedergutmacht wer-

den. Jede Form von Selbstjustiz ist entschieden abzulehnen. Das Gewaltmonopol des Staates steht nicht zur Disposition und muß für den Bürger stärker in Erscheinung treten. Straßenterror kann unter keinen Umständen toleriert werden. Unser freiheitliches Gemeinwesen ist nicht Aktionsfeld für militante Extremisten aus dem In- und Ausland. Innenpolitische Gegensätze in anderen Ländern dürfen nicht auf deutschem Boden gewaltsam ausgetragen werden.

■ Deutsche extremistische Straftäter sind unnachlässig zu verfolgen; ausländische Gewalttäter verirken ihr Aufenthaltsrecht in der Bundesrepublik Deutschland, wenn sie schwere Straftaten begehen.

Es hat sich gezeigt, daß eine Wiederholung krimineller Anschläge auf das Leben ausländischer Mitbürger allein mit den Instrumenten des staatlichen Gewaltmonopols nicht mit letzter Sicherheit ausgeschlossen werden kann. Ursachen und Erscheinungsformen der Gewalt gegen Ausländer sind vielfältig, und vielfältig müssen deshalb auch die Mittel zu ihrer Bekämpfung sein.

Vieles deutet darauf hin, daß solche Gewalttaten und Ausschreitungen nicht zuletzt Symptome eines tiefgreifenden Orientierungs- und Werteverlustes in Teilen der Gesellschaft sind. Früher selbstverständliche Tabus werden zunehmend bedenkenlos gebrochen, viele gesellschaftliche Bindungskräfte haben an Wirkung verloren. Die jungen Menschen in unserer Gesellschaft haben es oft schwer, sich an klaren ethischen Normen für ihre persönliche Lebensgestaltung auszurichten. Staatliche Maßnahmen können nicht das ausgleichen, was in der familiären Wertprägung und an gesellschaftlichem Konsens verlorengegangen ist.

■ Jeder ist aufgefordert, ausländerfeindlichen Tendenzen — in welcher Form auch immer — entschieden entgegenzutreten.

Bundесvorstand gegen generelle doppelte Staatsbürgerschaft

Die CDU Deutschlands will die Integration der bei uns lebenden Ausländer umfassend fördern und die Einbürgerung von Ausländern, die Deutsche mit allen Rechten und Pflichten werden wollen, erleichtern. Diesem Ziel dienen die Erleichterungen der Einbürgerung durch die Neufassung des Ausländergesetzes von 1991 und die zusätzlichen Verbesserungen im Rahmen des neuen Asyl- und Ausländerrechts, die ab 1. Juli 1993 in Kraft treten.

Dies betrifft die Einbürgerung junger Ausländer bzw. die Einbürgerung von Ausländern mit langem Aufenthalt. Sie werden damit einen zwingenden Anspruch auf Einbürgerung erhalten.

Dies gilt weiter für den Geburtserwerb für nichteheliche Kinder deutscher Väter. Die Einbürgerungsgebühren werden drastisch gesenkt.

Im Rahmen der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, zu der noch in dieser Legislaturperiode ein Gesetzentwurf vorgelegt werden soll, werden die bereits jetzt bestehenden Möglichkeiten für die Doppelstaatsangehörigkeiten erweitert. Dafür liegen verschiedene Vorschläge für Ausnahmetatbestände vor, die sorgfältig geprüft werden.

Eine generelle Hinnahme der Mehrstaatigkeit hält der Bundesvorstand der CDU Deutschlands gerade unter dem Gesichtspunkt der angestrebten Integration der bei uns lebenden Ausländer nicht für richtig und sinnvoll.

Notwendig sind insbesondere intensive Kontakte zwischen deutschen Familien, Vereinen und Parteigliederungen und ausländischen Mitbürgern und deren Organisationen.

Die Ursachen solcher Entwicklungen müssen erkannt, eingehend analysiert und umfassend aufgearbeitet werden. Wir stehen hier vor Problemen, die mit einer geänderten Polizeitaktik oder schärferen Gesetzen allein nicht gelöst werden können.

Die CDU Deutschlands appelliert daher an alle, die in den Bereichen von Bildung und Ausbildung, in den Kirchen, in den Gewerkschaften und Unternehmen sowie in den Medien Verantwortung tragen, sich bei der Erziehung junger Menschen zu pflichtbewußten, hilfsbereiten und weltoffenen Staatsbürgern stärker zu engagieren. ■

Zitat

In einem Land, wo es 30 Tage Urlaub plus die Feiertage — das ergibt sechs Wochen Urlaubszeit — gibt, in einem solchen Land kann doch niemand sagen, daß eine weitere Arbeitszeitverkürzung ein Problem des privaten Glücks ist. Das ist doch absolut lächerlich. Es hindert uns doch überhaupt niemand daran — aber dazu brauchen wir Gewerkschaften und Arbeitgeber —, beispielsweise eines der Erzübel unserer Produktivität anzugehen, daß wir die geringste Maschinenlaufzeit haben in ganz Europa. Wir sind um 20 Prozent schlechter als alle vergleichbaren Länder in EG-Europa.

Helmut Kohl in SAT 1, 8. 6. 93

Alle Tabus verloren

Nach Solingen: Plädoyer für einen neuen Verhaltenskodex

Erst Mölln, jetzt Solingen. Türkische Familien, seit Jahrzehnten unsere Mitbürger und Nachbarn, werden Opfer schändlicher Mordanschläge. Sprach- und Ratlosigkeit lassen erahnen, daß oberflächliche Deutungsversuche die Ursachen der Gewalt nicht offenlegen. Strengere Gesetze und härtere Strafen sind richtig und notwendig. Aber die Ursprünge liegen tiefer. Sie sind Teil eines Wandlungsprozesses unserer Gesellschaft, der die Tabus abhanden kamen.

Schon die „Kulturrevolutionäre“ der sechziger Jahre hatten nichts anderes im Sinn, als mit den Tabus tabula rasa zu machen. Nichts sollte den Menschen daran hindern, seine Ideen und Bedürfnisse auszuleben — kein „repressiver“ Staat, keine „autoritäre“ Pädagogik, keine „zwanghafte“ Moral. Die Protagonisten von damals sind heute nachdenklicher geworden. Haben die Gewaltausbrüche vor allem junger Menschen, haben die Brandbomben und Angriffe gegen ausländische Mitbürger nicht auch damit zu tun, daß vielen Menschen die fundamentalen Werte und Regeln des menschlichen Zusammenlebens verlorengegangen sind? Daß in so manchen Köpfen die Idee der Freiheit sinn- und prinzipienleer geworden ist, zügellos, allein dem persönlichen Nutzen gehorchend, stets auf dem Sprung, in Anomie und Gewalt umzuschlagen?

Solche Fragen werden inzwischen auch links von der Mitte gestellt und mit auffälliger Klarheit beantwortet. Die „drastische Enttabuisierung, mit der eine Brutalisierung einhergeht, scheint mir beispielloser in der Kulturgeschichte“, schreibt der Ethnologe Hans-Peter Duerr. Das Schamgefühl,

das nicht zuletzt dem Vertrauensschutz persönlicher Beziehungen diene, sei verlorengegangen mit der Folge, daß sich die Familienstrukturen auflösten, so daß es den Menschen heute an Geborgenheit, an „Nestwärme“, fehle. Diese Kälte, die „Verwüstung“ der sozialen Beziehungen, sei der Nährboden der Gewalt.

Die Moderne hat keinen „neuen“ Menschen geschaffen. Auch der moderne Mensch kommt ohne Verhaltensstabilisatoren nicht aus. Der Mensch braucht Kompensatoren dort, wo seine Natur keine instinktiven Automatismen bereithält. Zwi-

Von Jürgen Rüttgers, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; veröffentlicht in der Zeitung „Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt“ vom 4. Juni 1993.

schenmenschliche Beziehungen, Gemeinschaften und Gesellschaften brauchen Regeln, Gebote und Verbote, Sitten und Gebräuche, die anerkannt und bei Mißachtung sanktioniert werden. Ohne verbindliche Maximen fallen Gesellschaften auseinander. Wo Maßstäbe keinen Halt geben und keinen Einhalt gebieten, ist der Mensch vor dem (Rück-)Fall in die Barbarei nicht gefeit. Wo nichts mehr verboten ist, ist eben alles erlaubt.

Wenn Tabus fallen, werden Schranken durchbrochen. Wer heute Hakenkreuze an

Wände schmiert, weiß, was er tut. Der Einwand der „Jugendsünde“ bringt keine Entlastung. Wer Naziparolen skandiert, sprengt das Verdikt über die Verbrechen und Greuelaten des Nationalsozialismus, eines der letzten Tabus unserer Gesellschaft. Die Brandmarkung des Schreckens hat dann ihren Schrecken verloren. Das ist das Erschreckende am Auftreten der hohlen Glatzköpfe. Kommt noch hinzu, daß der Tabubruch Publikumserfolge feiert. Von den Medien nicht gewollt und doch gefördert verliert der Bannspruch fast völlig seine Wirkung.

Traditionalistische Gesellschaften stabilisierten ihre Sozialordnungen mit Hilfe von „Berührungsverboten“. Tabus markierten die Grenzen, deren Überschreitung Strafe und soziale Ächtung nach sich zogen. Sie dienten dabei nicht nur der Kontrolle von Verhaltensweisen und damit der Absicherung sozialer Strukturen. Sie schützten zugleich den einzelnen vor Fehltritten und der Zudringlichkeit Dritter. Der moderne Mensch tut sich mit Tabus schwer. Wir sind — zu Recht — Erben der Aufklärung, die Geltung verbindlicher Regeln an ihre rationale Rechtfertigung knüpfen. Dies spricht aber nicht gegen Tabus, sondern nur dafür, daß sie sich nicht im herkömmlichen Sinne begründen lassen. Eben nicht leichtgläubig, sondern allem mit wachem Verstand, nicht beliebig, sondern gewonnen aus historischen Erfahrungen und normativ-religiösen Überzeugungen der Menschen.

Auch moderne Gesellschaften brauchen Tabus, Grenzen, die uns sagen: bis hierher und nicht weiter. Tabus stellen sich aber nicht von selbst ein. Wir müssen über sie reden. Tabus dürfen nicht länger tabu sein. Wir müssen klar sagen, was uns heilig ist und woran wir nicht rühren lassen. Ohne Wenn und Aber. Die Würde des Menschen, unabhängig von Herkunft und Hautfarbe; Gastfreundschaft, Anstand

und Achtung dem Nächsten gegenüber; Toleranz und Gewaltverbot; der Schutz der Privat- und Intimsphäre; die Anerkennung der Institutionen und Grundregeln des demokratischen Rechtsstaates — das sind nur einige solcher Kernbereiche.

Ohne einen festen Fundamentalkonsens, ohne einen verbindlichen Verhaltenskodex gerät unser Gemeinwesen ins Wanken. So bitter es auch klingen mag: Niemand kann weitere Gewalttaten ausschließen: Wachsamkeit also ist das Gebot der Stunde. Wir können uns aber dafür verbürgen, daß das Nachdenken über die Grundlagen unseres Gemeinwesens nicht erst wieder einsetzt, wenn uns neue Sprachlosigkeit befällt. Das sind wir uns, das sind wir aber vor allem unseren ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern schuldig.

Zitat

Die Gewalt

„Das ist auch unser Land“, sagen die Türken ihren Freunden in Deutschland. Kein Widerspruch. Ihre Heimat ist fern, ihr Land ist hier an Rhein und Ruhr. Aber: So friedlich, wie in und für „unser Land“ in Solingen und anderswo demonstriert werden sollte, so friedlich mögen die Pläne und Gedanken der übergroßen türkischen und deutschen Mehrheit gewesen sein, die Wirklichkeit vor Ort war alles andere als friedlich. Dort herrscht in den Tagen nach Solingen der Mob, dort siegt der Pöbel.

Die „Autonomen“, viele von ihnen nach wie vor verummmt, suchen den Krawall um des Krawalls willen. Sie kommen aus ihren sicheren, von den Kommunen eingerichteten, vom Steuerzahler bezahlten Zentren. Junge Türken, aufgehetzt und verblendet von ihren seit Jahren in Deutschland agitierenden Fanatikern, sind ebensolche Hohlköpfe wie manche Skinheads mit den Baseballschlägern.

NRZ, 7. 6. 1993

Lübecker Thesen gegen Ausländerfeindlichkeit

Nur wenige Tage sind seit dem schrecklichen Mordanschlag in Solingen vergangen, weitere Anschläge und Demonstrationen bewegen Deutschland. Wir distanzieren uns von jeder Gewalt, insbesondere gegen ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger und andere Minderheiten, etwa Behinderte oder Homosexuelle. Die Junge Union verabscheut das grausame Verbrechen. Wir empfinden Zorn und Trauer.

Alle gesellschaftlichen Gruppen, Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und auch die Vertreter der Medien müssen jetzt besonnen und mit friedlichen Mitteln gemeinsam gegen die grassierende Ausländerfeindlichkeit vorgehen.

1. Unsere ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger haben einen Anspruch darauf, so gut wie möglich vor Übergriffen Rechtsradikaler geschützt zu werden. Wirksamer Schutz läßt sich jedoch nicht von der Politik anordnen. In den Polizeistellen müssen ausländische „Kontaktbeamte“ eingesetzt werden, die den ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Gemeinsam mit deutschen und ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern sollen diese Beamte Sicherheitskonzepte entwickeln, die unmittelbar vor Ort größtmöglichen Schutz gewähren. Gleichzeitig sind Polizei und Verfassungsschutz rechtlich sowie materiell so auszustatten, daß sie wirksam das Recht durchsetzen und insbesondere die ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger schützen können.

2. Die Integration der in Deutschland lebenden Ausländer muß gefördert wer-

den. Ein erster Schritt muß daher sein, daß die Einbürgerung erleichtert wird. Wir fordern, daß in Deutschland geborenen und aufgewachsenen ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern von ihrem sechzehnten Lebensjahr an ein Anspruch auf Einbürgerung eingeräumt wird. Gleiches gilt für diejenigen, die seit mehr als zehn Jahren in Deutschland

Beschluß des Bundesvorstandes der Jungen Union Deutschlands vom 5. Juni 1993 in Lübeck

leben und arbeiten. Die Einbürgerungskosten sind im Rahmen dieser Änderungen drastisch zu senken.

3. Die Integration wird auch gefördert, indem den ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern gleiche Rechte und Pflichten auferlegt werden. Die Junge Union befürwortet es, bei der ausnahmsweisen Zulassung doppelter Staatsbürgerschaften zukünftig großzügiger zu verfahren. Diese doppelte Staatsangehörigkeit ist jedoch jeweils auf eine Generation zu begrenzen.

4. Die Antwort auf die weltweiten Wanderungsbewegungen kann nicht allein die Änderung des Art. 16 GG bleiben. Die Zuwanderung nach Europa und nach Deutschland muß umfassend geregelt werden. Deutschland braucht daher ein Zuwanderungsgesetz, mittels dessen die Zuwanderung begrenzt, gesteuert und somit kontrollierbar wird. Dabei muß es selbstverständlich zulässig sein, sich an Interessen der Bundesrepublik Deutsch-

land etwa im Hinblick auf den Arbeitsmarkt oder die Verjüngung der Altersstruktur und die Entlastung des sozialen Netzes zu orientieren. Dieses Zuwanderungsgesetz muß eingebettet sein in eine europäische Einwanderungspolitik, die europaweit eine kontingentierte Zuwanderung über das Asylrecht hinaus umfaßt.

5. In den Kommunen mit einem hohen Anteil ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger sind Ausländerbeauftragte einzusetzen und so mit rechtlichen Möglichkeiten auszustatten, daß sie die Interessen der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger effektiv vertreten können. Außerdem sind gewählte Ausländerbeiräte einzurichten.

6. Eine besondere Bedeutung in der Ausländerpolitik hat für die Junge Union die Entwicklungshilfe. Deutschland bleibt ein offenes, ausländerfreundliches Land. Jedoch können wir nicht die Probleme unzähliger Menschen aus aller Welt in Deutschland lösen. Wir fordern daher die drastische Erhöhung der Entwicklungshilfemittel auf 1 Prozent des Bruttosozialprodukts bis zum Jahr 2000.

7. Deutschland ist ein wehrhafter Rechtsstaat. Unser Rechtssystem weist jedoch Lücken auf für den Fall, daß aus einer Menge Straftaten begangen werden und die Straftäter sich durch den Schutz dieser Menge der Strafverfolgung entziehen. Daher fordert die Junge Union den Tatbestand des Landfriedensbruchs (§ 125 StGB) dahingehend zu ergänzen, daß auch derjenige bestraft wird, der sich nicht vom Tatort entfernt, obwohl ein Träger von Polizeigewalt auf der Grundlage eines Polizeigesetzes dazu aufgefordert hat.

8. Die Junge Union Deutschlands nimmt mit großer Sorge zur Kenntnis, daß Jugendliche in Skinhead-Cliquen ihr

brutales, menschenverachtendes Unwesen treiben. 70 Prozent aller rechtsextremen Übergriffe wurden von Straftätern unter 21 Jahren begangen. Eine besondere Bedeutung im Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit kommt daher neben dem Elternhaus den Schulen zu. Wir fordern, die Lehrinhalte und Schulpläne daraufhin zu überprüfen, ob sie die Schüler und Schülerinnen genügend auf das Zusammenleben mit unseren ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern vorbereitet und gegebenenfalls zu ergänzen.

9. Demokratischen Jugendverbänden kommt in der jetzigen Zeit besondere Bedeutung zu. Jugendverbände und demokratische politische Jugendorganisationen können Jugendlichen vermitteln, daß zwischen Mitwirkung und Solidarität ein enger Zusammenhang besteht. Gleichzeitig machen sie Jugendliche mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung vertraut. Wir fordern die öffentliche Hand in Bund, Ländern und Kommunen auf, diese Jugendverbände weiterhin zu unterstützen und ihnen nicht durch Mittelkürzung die Arbeitsgrundlage zu entziehen.

10. Die CDU/CSU ist von ihrem christlichen Menschenbild und als Partei der europäischen Einigung ausländerfreundlich. Wer in den Unionsparteien nationalistisches und ausländerfeindliches Gedankengut verbreitet, muß wissen, daß in der CDU/CSU kein Platz für ihn ist. Die Junge Union fordert daher Vorstände der Unionsparteien auf, bei ausländerfeindlichen und nationalistischen Äußerungen von Mitgliedern der CDU/CSU entschieden von ihrem Recht auf Erlaß von Ordnungsmaßnahmen bis hin zu Parteiausschluß Gebrauch zu machen.

Dieser Beschluß wurde in Lübeck vom Bundesvorstand mit 12 : 3 Stimmen verabschiedet.

Ohne Müllverbrennung geht es nicht

Mit der nun erfolgten endgültigen Verabschiedung der Technischen Anleitung (TA) Siedlungsabfall durch das Bundeskabinett ist ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg von der Wegwerfgesellschaft hin zu einer Kreislaufwirtschaft erfolgt.

Die TA liefert bundesweit verbindliche Vorgaben zur Verwertung von Abfällen, zur technischen Ausstattung von Deponien und zur Beschaffung abzulagernder Restabfälle.

Mit dem Inkrafttreten Mitte 1993 wird das Ende der herkömmlichen Hausmülldeponie eingeleitet. Die Ablagerung von unbehandelten Abfällen wird in Zukunft nicht möglich sein. Auf die Deponie gehören aus Sicherheitsgründen nur reaktionsträge, mineralisierte Restabfälle.

Damit ist auch eine politische Richtungsentscheidung über die Intensivierung von thermischen Vorbehandlungsverfahren vor der Deponierung mit breiter Zustimmung der Bundesländer über Parteigrenzen hinweg erfolgt.

In der Bundesrepublik Deutschland werden zur Zeit knapp 50 Verbrennungsanlagen betrieben. Mit dem Inkrafttreten der Töpfer-Norm für Abfallverbrennungsanlagen (17. BIMSchVO) verlieren die Argumente über eine vermutete Gesundheitsschädlichkeit von Emissionen aus Müllverbrennungsanlagen an Überzeugungskraft. Im Gegenteil: Ein Expertengremium der Bundesärztekammer hat in einer umfassenden Stellungnahme überzeugend dargelegt, daß die Emissionen aus modernen Müllverbrennungsanlagen keine Gefährdung für die Menschen darstellen. Frühere Gegner der Müllverbrennung sagen im Gegenteil heute deutlich, daß im Verbrennungsprozeß die Schadstoffe aufgespalten und zerstört werden.

Angesichts des qualitativen und quantitativen Mangels an Deponieraum sind die durch die Müllverbrennung erreichbaren Gewichts- und Volumenreduktionen eine Möglichkeit, den in vielen Regionen drohenden Entsorgungsnotstand zu vermeiden. Nach Schätzungen aus den Bundesländern werden für die Umsetzung der technischen Anleitung Siedlungsabfall rund 50 bis 70 zusätzliche Müllverbrennungsanlagen notwendig werden. Tatsächlich könnte sich diese Zahl noch deutlich verringern, wenn es gelingt, die Abfallverwertung weiter zu verstärken.

**Von Steffen Kampeter,
Berichterstatter der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
im Umweltausschuß**

Vermeidung und Verbrennung sind keinesfalls Gegensätze. Schon nach den derzeit geltenden gesetzlichen Regelungen gilt der Vorrang der Vermeidung sowie der stofflichen Verwertung vor der Ablagerung. Mit der vorgesehenen Verabschiedung der 5. Novelle zum Abfallgesetz soll diese geltende Vorrangstellung nochmals gestärkt werden, so daß für die Müllverbrennung nur nicht vermeidbare Restabfälle vorzusehen sind. Darüber hinaus bilden die vergleichsweise hohen Kosten für die Müllverbrennung einen zusätzlichen Anreiz, um Abfälle zu vermeiden bzw. stofflich zu verwerten.

Die Umweltverbände sind aufgerufen, ihre unproduktive Verweigerungshaltung aufzugeben und sich gemeinsam mit Wirtschaft und Politik für einen umweltfreundlichen Entsorgungspfad einzusetzen. Ohne Müllverbrennung geht es dabei nicht. ■

Schutz des ungeborenen Kindes

Das Bundesverfassungsgericht geht in seinem Urteil von der verfassungsrechtlichen Pflicht des Staates aus, menschliches Leben zu schützen. Zum menschlichen Leben gehört auch das Ungeborene. Das Grundgesetz gebietet dem Staat, sich schützend und fördernd vor das ungeborene Kind zu stellen und es vor allen rechtswidrigen Eingriffen zu bewahren. Schon dem ungeborenen menschlichen Leben kommt Menschenwürde zu, nicht erst dem menschlichen Leben nach der Geburt oder bei ausgebildeter Personalität. Dies folgt aus Art. 1 Abs. 1 GG.

Die Richter des zweiten Senats haben in ihrem Urteil die Grundsätze der Entscheidung von 1975 bestätigt: In der Zeit der Schwangerschaft handelt es sich bei dem Ungeborenen um individuelles, einmaliges und unverwechselbares Leben. Dieses Leben ist Mensch von Anfang an, es entwickelt und entfaltet sich als Mensch und nicht erst hin zum Menschen. Wo menschliches Leben existiert, kommt ihm Menschenwürde zu.

Aus diesen Grundsätzen formuliert das Bundesverfassungsgericht folgendes Verfassungsgebot: **Der Schutz des Ungeborenen ist nur möglich, wenn der Gesetzgeber den Schwangerschaftsabbruch grundsätzlich verbietet.** Die Mutter hat grundsätzlich die rechtliche Verpflichtung, das Kind auszutragen.

Das Bundesverfassungsgericht hat aber ausdrücklich anerkannt, daß es in Ausnahmesituationen zulässig ist, manchmal sogar geboten sein kann, der Frau eine solche rechtliche Verpflichtung zum Austragen des Kindes nicht aufzuerlegen.

Eine Ausnahmesituation, die es vom Grundgesetz her erlaubt, die Pflicht zum

Austragen des Kindes aufzuheben, kommt nicht nur im Falle einer ernsthaften Gefahr für das Leben der Frau oder einer schwerwiegenden Beeinträchtigung ihrer Gesundheit in Betracht. Ausnahmefälle sind nach der Überzeugung der Richter auch darüber hinaus denkbar.

Das Bundesverfassungsgericht erkennt an, daß es in der besonderen seelischen Lage, in der sich werdende Mütter oft gerade in der Frühphase einer Schwangerschaft befinden, im Einzelfall zu schweren, auch lebensbedrohenden Konfliktsituationen kommen kann, in denen die staatliche Rechtsordnung nicht ver-

Erläuterungen zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 28. Mai 1993 zum § 218 StGB

langen kann, daß die Frau dem Lebensrecht des Ungeborenen unter allen Umständen den Vorrang geben muß. Die Verfassungsrichter haben dies ausdrücklich nicht auf die Umstände einer normal verlaufenden Schwangerschaft bezogen. Es müssen vielmehr derart schwerwiegende seelische oder körperliche Belastungen gegeben sein, daß ein Austragen der Schwangerschaft von der Frau nicht erwartet werden kann. Der Gesetzgeber ist aufgefordert, solche Ausnahmetatbestände (Indikationen) gesetzlich zu fassen.

Schon heute als rechtmäßig anerkannt ist ein Schwangerschaftsabbruch, wenn Gefahr für das Leben der Frau bei Fortsetzung der Schwangerschaft besteht (medizinische Indikation) sowie dann,

wenn mit hinreichender Sicherheit ein schwergeschädigtes Kind zur Welt kommen wird (embryopathische Indikation). Die Festlegung anderer Ausnahmetatbestände kann nach dem Urteil nur dann Bestand haben, wenn im Gesetz die Schwere des sozialen oder psychisch-personalen Konflikts deutlich erkennbar wird. Die Belastung durch die Schwangerschaft muß für die Frau ebenso schwer wiegen wie in den anderen Indikationsfällen. In allen Fällen muß der Schutz des ungeborenen Kindes rechtlichen Mindestanforderungen genügen („Untermaßverbot“).

Nach dem Spruch der Verfassungsrichter sind die rechtlichen Mindestanforderungen an den Schutz des ungeborenen Kindes nicht notwendigerweise durch die Androhung von Strafe gewährleistet. Die Rechtsordnung muß vielmehr in ihrer Gesamtheit Schwangerschaftsabbrüche rechtlich mißbilligen. Eine Strafbarkeit nach dem Strafgesetzbuch ist nicht zwingend geboten.

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, daß der Gesetzgeber nach dem Grundgesetz nicht frei ist, den Schwangerschaftsabbruch als „nicht rechtswidrig“, also erlaubt, anzusehen. Genau dies sah das am 25. Juni 1992 vom Bundestag verabschiedete Gesetz vor.

Der Gesetzgeber kann jedoch nach Auffassung der Richter ein Schutzkonzept entwickeln, das einerseits geeignet ist, den verfassungsrechtlich gebotenen Schutz des ungeborenen Lebens zu entfalten, andererseits den Schwangerschaftsabbruch aber nicht rechtlich freigibt. Er hat nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts folgende Lösungsmöglichkeiten:

- eine Indikationslösung oder
- eine Fristenlösung mit lebensbejahender Beratung (Beratungslösung).

Eine Beratung, die in der Frühphase der Schwangerschaft den Schutz des ungeborenen Kindes mit der Mutter und nicht gegen sie bewirken soll, muß die Frau zum Kind ermutigen. Nach der Überzeugung des Gerichts bewirkt eine Strafanandrohung in der Frühphase der Schwangerschaft wenig. Der Frau soll deshalb in erster Linie mit präventiven Mitteln des Rechts bei der Bewältigung ihres Konflikts geholfen werden, damit sie ihrer Verantwortung für das Ungeborene gerecht werden kann.

An eine Beratung sind besondere Voraussetzungen zu knüpfen, um das Verantwortungsbewußtsein der Frau zu stärken, die letztlich den Abbruch der Schwangerschaft tatsächlich bestimmt und insofern verantworten muß („Letztverantwortung“). Die Pflichtberatung muß nach Inhalt, Durchführung und Organisation geeignet sein, der Frau die Einsichten und Informationen zu vermitteln, die sie für eine verantwortliche Entscheidung über die Fortsetzung oder einen Abbruch der Schwangerschaft benötigt.

Die Frau soll jedoch mit ihrer Verantwortung nicht alleine gelassen werden. Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichtes müssen diejenigen Personen in das Schutzkonzept einbezogen werden, die in einem Schwangerschaftskonflikt auf den Willen der Frauen Einfluß nehmen können. Dies gilt insbesondere für den Arzt, den die Schwangere zur Durchführung des Abbruchs aufsucht. Einzubeziehen sind aber auch Personen des familiären und des weiteren sozialen Umfelds einer schwangeren Frau, die diese häufig gegen das Kind beeinflussen. Schließlich verlangt eine Beratungsregelung, daß ein Angebot sozialer Hilfen für Mutter und Kind auch tatsächlich bereitsteht, damit konkrete Bedrängnisse und soziale Nöte beseitigt werden und die Eltern in ihrer

Entscheidung für das Kind unterstützen und ermutigen können.

Der zweite Senat des Bundesverfassungsgerichtes hat die Bezahlung des Schwangerschaftsabbruchs durch die Krankenkassen nur bei denjenigen Abtreibungen für zulässig erklärt, deren Rechtmäßigkeit festgestellt wird (medizinische, embryopathische und kriminologische Indikation). Denjenigen Frauen, die sich im Rahmen der Beratungsregelung für einen Abbruch entschließen, müssen nach Auffassung der Richter jedoch die dafür erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Dies kann aus verfassungsrechtlichen Gründen zwar nicht von den gesetzlichen Krankenversicherungen übernommen werden, wird jedoch von der Sozialhilfe als Hilfe in besonderen Lebenslagen gewährleistet. Die Ablehnung einer Krankenkassenfinanzierung begründet das Gericht damit, daß sich der Staat auf diese Weise an einer Tötungshandlung beteilige. Die soziale Krankenversicherung dient nach Auffassung der Richter insoweit nicht ausschließlich dem Schutz von Leben und Gesundheit.

Das Bundesverfassungsgericht hat bis zu

einer gesetzlichen Neuregelung mit Wirkung ab dem 16. Juni 1993 eine Übergangsregelung beschlossen. Damit sollen einheitliche Mindestanforderungen der staatlichen Schutzpflicht für das ungeborene menschliche Leben in ganz Deutschland geschaffen werden. Die Übergangsregelung besagt folgendes:

Ein Schwangerschaftsabbruch wird nicht bestraft, wenn er innerhalb der ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft auf Verlangen der Frau durch einen Arzt vorgenommen wird. Die Frau muß dem Arzt durch eine Bescheinigung nachweisen, daß sie sich mindestens drei Tage vor dem Eingriff von einer anerkannten Beratungsstelle hat beraten lassen. Diese Beratung muß dem Schutz des ungeborenen Kindes dienen.

Die Krankenkassen dürfen in Fällen der kriminologischen, medizinischen oder embryopathischen Indikation mit Leistungen eintreten. Im übrigen haben Frauen, die entweder finanziell nicht in der Lage sind, einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen, oder die nicht in der sozialen Krankenversicherung versichert sind, einen Anspruch auf Sozialhilfe. ■

Zitat

Die Wiedereinweihung des Berliner Doms am heutigen Tage läßt uns bewußt werden, welche große Chance uns die Geschichte noch einmal gegeben hat. Die Einheit unseres Vaterlandes und dieser Stadt Berlin sind ein Geschenk, für das wir von Herzen dankbar sind. Wir dürfen dieses Geschenk nie wieder mit Vermessenheit verspielen.

Helmut Kohl anlässlich der Wiedereinweihung des Berliner Doms am 6. Juni 1993

Mehr Aufträge für die westdeutsche Industrie

Der Auftragseingang der westdeutschen Industrie hat sich nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums im April wieder erhöht. Er stieg gegenüber dem Vormonat preis- und saisonbereinigt um 2,1 Prozent. Im März waren die Aufträge noch um (revidiert) 2,7 Prozent zurückgegangen. Aus dem Ausland kamen im April 3,6 Prozent mehr Bestellungen, das Inland legte um 1,4 Prozent zu. Im Zweimonatsvergleich hat sich dagegen eine Abnahme der Bestellungen um drei Prozent ergeben.

Handwerk ist Wachstumsträger Nummer eins in den neuen Ländern

Das Handwerk ist in wesentlich stärkerem Maße als bisher angenommen wurde Wachstums- und Beschäftigungsträger in den neuen Ländern. Nach einer Umfrage des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH) bei den Handwerkskammern in den neuen Bundesländern gab es Ende 1992 in insgesamt 131.500 Betrieben des Handwerks und des handwerksähnlichen Gewerbes rund 850.000 Beschäftigte.

Die bisherige Statistik ging lediglich von rund 560.000 Beschäftigten aus. Zur Zeit der Wende hatte das Handwerk nur noch gut 80.000 Betriebe und ca. 400.000 Beschäftigte. Alle verfügbaren Informationen deuten darauf hin, daß insbesondere die Betriebe des Baugewerbes und die bauabhängigen Handwerkszweige die größten Beschäftigtenzuwächse zu verzeichnen haben.

Damit liegt das Handwerk nunmehr hinsichtlich der Betriebs- als auch der Beschäftigtenzahlen in großen Teilen Ostdeutschlands vor einer immer noch schrumpfenden Industrie. Allerdings kann auch das Handwerk die Beschäftigungsverluste der Industrie nicht kompensieren.

Mit einer durchschnittlichen Betriebsgröße von knapp 6,5 Personen nähert sich das Handwerk im deutschen Osten damit immer mehr den Betriebsgrößen im alten Bundesgebiet (rund 8,5 Personen). Aufgrund der Beschäftigungsintensität im Handwerk der neuen Bundesländer ist die Gesamtzahl der in den rund 750.000 Handwerks- und handwerksähnlichen Betrieben in Deutschland Beschäftigten

gegenwärtig auf 5,1 Mio. (statt der bisher angenommenen 4,8 Mio.) zu veranschlagen.

Die Umfrageergebnisse des ZDH werden durch Recherchen des Instituts für Mittelstandsforschung an den Universitäten Bonn und Köln bestätigt. Nach den Berechnungen des Instituts dürfte die Zahl der Arbeitsplätze im Handwerk und im handwerksähnlichen Gewerbe im Frühjahr 1993 schon die Millionen-Grenze überschritten haben.

Über die Höhe des im Handwerk der neuen Länder erzielten Umsatzes liegen dagegen keine verlässlichen Anhaltspunkte vor. Angesichts der alle bisherigen Schätzungen übertreffenden Dynamik der Betriebs- und insbesondere der Beschäftigtenentwicklung dürfte auch der Handwerksumsatz, der für 1992 bislang auf ca. 47 Milliarden DM veranschlagt wurde, wesentlich höher liegen als seither angenommen worden ist.

Positive Stimmen im Mittelstand

Verhalten, aber nicht überwiegend negativ beurteilen mittelständische Unternehmen in den neuen Ländern ihre wirtschaftlichen Perspektiven. Das ergab eine Umfrage der Deutschen Bank AG, Frankfurt, bei ihren Kunden. Danach erwarten gut 70 Prozent der Befragten 1993 eine bessere oder gleich gute Lage und nur 18 Prozent rechnen mit einer Verschlechterung.

Spielraum für Beitragssatzsenkungen?

Die ersten Hochrechnungen der Betriebskrankenkassen für das erste Quartal 1993 bestätigen: Das Gesundheitsstrukturgesetz greift! Die globalen Budgets in allen Ausgabenbereichen haben bewirkt, daß die Leistungsausgaben pro Mitglied in den alten Ländern um insgesamt drei v. H. zurückgegangen sind.

Auch auf diesem abgesenkten Niveau wird selbst nach Bestätigung durch führende Repräsentanten der Ärzteschaft die Versorgung der Versicherten in allen Bereichen mit dem medizinisch Notwendigen gesichert. Nochmals: Sparen und Qualität schließen sich also nicht aus!

Die Entwicklung in den einzelnen Leistungsbereichen ist heterogen und bedarf differenzierender Bewertung:

- Der Ausgaberrückgang im Arzneimittelbereich geht mit 22 v. H. über die bisherigen Prognosen leicht hinaus. Das Einsparergebnis dürfte aber bei Vorliegen aller Zahlen sowie tendenziell insbesondere wegen der erheblichen Vorzieheffekte im Arzneimittelbereich geringer sein. Der Sparkurs der Ärzteschaft bleibt grundsätzlich zu begrüßen, solange das medizinisch Notwendige verordnet wird. Gleichwohl bleibt es ein bemerkenswertes Faktum, daß die Arzneimittelausgaben quasi von einem Tag auf den anderen um knapp ein Viertel des bisherigen Niveaus gesenkt werden konnten.

- Auffällig ist die relativ moderate Einsparquote im Heil- und Hilfsmittelbereich (6 v. H.). Auch wenn der Ausgaberrückgang im Heilmittelbereich mit 7,5 v. H. geringfügig höher liegt, so finden doch die Horrorszenarien der Heilmittel-erbringer keine Bestätigung. Sofern es zu

gravierenden Leistungseinbrüchen insbesondere in einzelnen Massagepraxen gekommen ist, treffen hier mit den Wirkungen des Gesundheitsstrukturgesetzes strukturelle Komponenten zusammen.

- Die Ausgabeentwicklung im Krankenhaussektor liegt mit plus fünf v. H. als einzigem Leistungsbereich noch nicht unter bzw. tendenziell wohl über der Grundlohnsummenentwicklung (+ 5 v. H.). Die scheinbare Ruhe in den Ein-

**Von Paul Hoffacker,
gesundheitspolitischer Sprecher
der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion**

richtungen der stationären Versorgung liegt daher womöglich daran, daß die Krankenhäuser zu einer angemessenen und effektiven Umsetzung insbesondere der Budgetierungsvorgaben des Gesundheitsstrukturgesetzes noch keinen Weg gefunden haben.

Es wird also darauf gedrängt werden müssen, daß die Instrumente des Gesundheitsstrukturgesetzes auch in diesem größten Leistungssektor der Kassen greifen. Globale Budgetöffnungen wird es abgesehen von den vorgesehenen Ausnahmetatbeständen gerade in diesem zentralen Leistungsbereich auch zu Ende dieses Jahres nicht geben!

Es wird nun darauf ankommen, diese grundsätzlich positive Gesamtentwicklung zu stabilisieren und die notwendigen Konsequenzen aus diesem Trend zu ziehen. Insofern ist bemerkenswert, daß bei einem Rückgang der Leistungsausgaben um drei v. H. gleichzeitig eine Steigerung

Sportunfälle: Schutz durch die gesetzliche Krankenversicherung ist gerechtfertigt

Nach einer Sitzung des Bundesfachausschusses Sport der CDU in Bonn erklärte dessen Vorsitzender Ferdi Tillmann:

Der Bundesfachausschuß der CDU sieht in dem Beschluß des Deutschen Ärztetages in Dresden zur Aufhebung des gesetzlichen Krankenversicherungsschutzes bei Sportunfällen eine große gesundheitspolitische Fehleinschätzung.

Der Ausschuß wehrt sich vor allem dagegen, daß Sportunfälle als Risikofaktoren mit Alkohol- und Nikotinmißbrauch auf eine Stufe gestellt werden.

Der Bundesfachausschuß Sport der CDU verkennt nicht, daß es auch bei Sport zu Unfällen kommt. Diese

Unfälle sind aber in der Regel nicht auf den Sport selbst, sondern auf mangelhafte Einstellung zu der jeweiligen Sportart und nicht ausreichende Vorbereitung zurückzuführen.

Es kann aber keinen Zweifel daran geben, daß individuell angepaßte sportliche Aktivität bis ins hohe Lebensalter gesundheitsfördernd ist. Der Beschluß des Deutschen Ärztetages widerspricht der über Jahrzehnte gewonnenen internationalen medizinischen Erkenntnis.

Der präventive Wert des Sports für die Gesundheit, der durch Jahrzehnte sportmedizinischer Forschung belegt ist, rechtfertigt den Schutz durch die gesetzliche Krankenversicherung. Zudem ist der Sport ein Beitrag zur Kostendämpfung.

der Beitragseinnahmen von zehn v. H. zu verbuchen ist. Die Anhebung der Beitragssätze durch die Krankenkassen im vergangenen Jahr haben also eine deutliche Verbesserung der Einnahmesituation bei gleichzeitig deutlichem Ausgaberrückgang bewirkt.

Gegen Aufbau von Rücklagen

Nach Abbau der Defizite aus den Jahren 1991 und 1992 werden also bereits mittelfristig Beitragssatzsenkungen in der gesetzlichen Krankenversicherung realisierbar sein. Ein Aufbau von Rücklagen durch die Kassen zum Abfedern etwaiger unerwünschter Wirkungen der am 1. 1. 1994 beginnenden Risikostrukturausgleichs wäre nicht hinnehmbar. ■

In Marburg gewinnt CDU Oberbürgermeister-Wahl

In Marburg wird erstmals nach dem Kriege ein CDU-Politiker Oberbürgermeister. Der Landtagsabgeordnete Dietrich Möller erhielt in der Stichwahl am vergangenen Sonntag knapp 52 Prozent der Stimmen. Der Bewerber der SPD, Amtsinhaber Gerhard Pätzold, kam auf 48 Prozent. Neuer Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt wird der SPD-Politiker Peter Benz. Er konnte sich mit 52,1 Prozent der Stimmen gegen den CDU-Bewerber Gerhard Pfeffermann durchsetzen, der auf 47,9 Prozent kam.

Man war sich einig: Flucht aus dem Pflegerberuf stoppen

Generalsekretär Peter Hintze und der Vorsitzende des Bundesfachausschusses „Gesundheitspolitik“ der CDU, Paul Hoffacker, trafen im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn mit dem Präsidenten der Bundesärztekammer, Dr. Karsten Vilmar, dem Hauptgeschäftsführer der Bundesärztekammer, Prof. Christoph Fuchs, sowie dem Leiter des Bonner Büros der Deutschen Ärzteschaft, Stefan Gräf, zu einem Gespräch zusammen.

Dabei wurde übereinstimmend festgestellt, daß für die Pflegerberufe im Krankenhaus Verbesserungen erreicht werden sollten. CDU-Generalsekretär Hintze erklärte nach dem Gespräch: „Nicht nur fachliche Qualifikation, sondern auch hohe Motivation des Personals ist entscheidend für eine menschenwürdige

Pflege, die uneingeschränkt erhalten werden muß. Hierzu bedarf es vor allem besserer Aufstiegschancen für Pflegepersonal, das direkt in der Patientenbetreuung tätig ist sowie der Schaffung von mehr Arbeitszeitflexibilität, die diesen Beruf dauerhaft attraktiv erhält und so die Flucht aus dem Pflegerberuf stoppt.“

Der Bundesfachausschuß „Gesundheitspolitik“ der CDU wird konkrete Verbesserungsmöglichkeiten prüfen und in die Beratungen auch CDU-Politiker der Länderebene einbeziehen. ■

Werner Schreiber neuer CDA-Vorsitzender

Der Arbeitsminister von Sachsen-Anhalt, Werner Schreiber, steht nunmehr an der Spitze der CDU-Sozialausschüsse (CDA). Der 51jährige gelernte Betonbauer setzte sich auf der 25. Bundestagung der CDA am Freitag, 4. Juni 1993, in Chemnitz in einer Kampfabstimmung mit knapper Mehrheit gegen den bisherigen Amtsinhaber Ulf Fink durch.

„41 Millionen Frauen sind 41 Millionen Gründe...“

„41 Millionen Frauen sind 41 Millionen Gründe, das Grundgesetz zu ändern und für die Frauen in Deutschland mehr Rechte in der Verfassung zu verankern“, erklärte die CDU-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Bundesfachausschusses Frauenpolitik, Maria Böhmer, mit Blick auf den nun vorliegenden Vorschlag der Verfassungskommission. Die Änderung des Grundgesetzartikels 3 sei längst überfällig gewesen und nur durch die Hartnäckigkeit der Politikerinnen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion durchsetzbar geworden.

„Es ist ein beachtlicher Erfolg“, freute sich die CDU-Politikerin, daß künftig für den Staat festgeschrieben werde, die Gleichberechtigung tatsächlich durchzusetzen, zu fördern und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinzuwirken. Durch den jetzt vorliegenden Vorschlag der Verfassungskommission bestünde nun konkret die Möglichkeit für Frauen, die gleichberechtigte Teilhabe in allen Lebensbereichen zu verwirklichen und die Kompensation von Benachteiligungen einzufordern.

Sicherheitspolitik der Europäischen Union und deutsche Verantwortung

Von Günter Rinsche

Die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments hat sich einstimmig für eine Beteiligung der Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland an humanitären Aufgaben und Rettungseinsätzen, friedenserhaltenden Aufgaben und Kampfeinsätzen bei der Krisenbewältigung zur Herbeiführung des Friedens ausgesprochen. Deutschland dürfe keinen Sonderstatus in Europa haben, hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe, Günter Rinsche, erklärt.

In der Erklärung, die die CDU/CSU-Gruppe auf Vorschlag ihres sicherheitspolitischen Sprechers und stellvertretenden Vorsitzenden, Hans-Gert Pöttering, angenommen hat, heißt es weiter, daß einer Ergänzung des Grundgesetzes nur unter Berücksichtigung dieser Grundsätze zuzustimmen sei. Sollte es hierfür im Bundestag keine Mehrheit geben, so empfiehlt die Gruppe, das Grundgesetz nicht zu ändern, da es bereits heute die gleichberechtigte und uneingeschränkte Mitwirkung der deutschen Streitkräfte im Rahmen kollektiver Sicherheit erlaubt. Der Einsatz deutscher Streitkräfte im konkreten Einzelfall solle von der Zustimmung der absoluten Mehrheit der Mitglieder des Bundestages abhängig sein. ■

Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer- Stiftung

Weil die Inhalte nur die eine Seite der Medaille sind, weil es nun einmal auch darauf ankommt, damit die Adressaten zu erreichen, veranstaltet die Konrad-Adenauer-Stiftung in Schloß Eichholz Trainings zur politischen Kommunikation.

Das Angebot im einzelnen:

- **Rhetorik
für die politische Praxis**
 - 20. bis 22. August 1993
 - 27. bis 29. August 1993
 - 26. bis 28. November 1993
 - 17. bis 19. Dezember 1993
 - **Kommunale Pressearbeit**
 - 20. bis 22. August 1993
 - 29. bis 31. Oktober 1993
 - 17. bis 19. Dezember 1993
 - **Öffentlichkeitsarbeit
im kommunalen Bereich**
 - 15. bis 17. Oktober 1993
 - 12. bis 14. November 1993
- Weitere Informationen bzw. Anmeldungen:
**Konrad-Adenauer-Stiftung
 Bildungszentrum
 Schloß Eichholz
 Postfach 1331
 W-5047 Wesseling
 Neue Postleitzahl: 50387**

CDU und SPD in Niedersachsen Kopf an Kopf

Stock: Mit Wulff sind wir „Schröder auf den Fersen“

In Niedersachsen hat sich in den letzten Wochen ein Stimmungswandel vollzogen. Beflügelt von ungewöhnlich hohen Sympathiewerten der jüngsten Meinungsumfragen, verbunden mit einer positiven Grundstimmung, startete die Niedersachsen-CDU in ihren Landesparteitag in Braunschweig.

Während am ersten Tag eine Rede des Landesvorsitzenden Josef Stock sowie eine inhaltliche Diskussion in hochkarätig besetzten Foren (Forum I „Kriminalität bekämpfen — Sicherheit stärken“, unter anderem Christian Wulff, Bundesinnenminister Rudolf Seiters, stellv. Bundesvorsitzender und sächsischer Innenminister Heinz Eggert sowie der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Hermann Lutz; Forum II „Standort Niedersachsen — Sichere Arbeitsplätze für die Zukunft“, Prof. Dr. Klaus Töpfer, Bundesumweltminister; Forum III „Menschliches Niedersachsen — Gerechtigkeit im Sozialstaat“, Familienministerin Hannelore Rönsch, Prof. Dr. Erjka Schuchardt, Vizepräsidentin der Deutschen UNESCO-Kommission usw.) den Ablauf bestimmte, löste Christian Wulff am nächsten Tag mit einer Grundsatzrede echte Begeisterung aus.

Wulff zeigte sich gegenüber SPD-Ministerpräsident Schröder angriffslustig. Er vernachlässigte seine Amtspflichten in Niedersachsen und sei ein Jahr vor Ablauf der Legislaturperiode im wesentlichen damit beschäftigt, „auf der Bonner Bühne zu tanzen und seine eigenen Karrierepläne zu schmieden“.

In der Asyl- und Zuwanderungspolitik bestimme Bundesratsminister Trittin die

Linie, die Landesregierung erweise sich auf den wichtigsten Feldern als handlungs- und politikunfähig. Auf die eigentlich drängenden Fragen der Menschen wisse man keine überzeugenden Antworten.

Wulff nannte hier im einzelnen die Sorge um die Zukunft der Arbeitsplätze, Strategien zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Niedersachsens, Vorschläge zur Lösung der Asyl- und Zuwanderungsproblematik sowie zur Bekämpfung der Kriminalität. Die CDU habe seit etlichen Monaten diese Themen in den Mittelpunkt ihrer Argumentation gestellt und dazu auch Konzepte erarbeitet. Es werde von Tag zu Tag und Woche zu Woche offenkundiger, daß immer mehr Gruppen in Niedersachsen kein Vertrauen mehr in die Regierung Schröder/Trittin hätten. Das werde auch durch Umfragen belegt.

Nach Wulffs Einschätzung wird es 1994 ein knappes Landtagswahlergebnis geben, bei der die CDU mittlerweile realistische Chancen habe, tatsächlich wieder stärkste Partei zu werden.

Wulff und Landesvorsitzender Stock hatten zu Beginn des Parteitages Ministerpräsident Schröder aufgefordert, sich für seine Entgleisungen gegenüber der Union (Vorwurf der Mitschuld am Solinger Mord) zu entschuldigen.

Landesvorsitzender Stock verdeutlichte anhand von Befragungen durch unabhängige Meinungsforschungsinstitute, daß die CDU in den von den Wählerinnen und Wählern als entscheidend angesehenen Politikfeldern einen hohen Kompetenzvorsprung besitze. ■

„Probleme mit der Wirklichkeit“:

Die umstrittene Kandidatenkür

Am 13. Juni hatten die Mitglieder der SPD Gelegenheit, ihren neuen Parteivorsitzenden vorzuschlagen, der schließlich am 25. Juni auf einem Sonderparteitag gewählt werden soll. Von Anfang an war der Tag des Ortsvereins aber bei den Sozialdemokraten umstritten. Präsidium und Vorstand der SPD seien heillos zerstritten und erhofften sich durch „einen Anfall von Basisdemokratie“ Rettung von den Mitgliedern, so das Stimmungsbild an der Parteibasis. (Berliner Zeitung, 7.6.93)

Auf Kritik stieß auch das sogenannte „Schaulaufen“ der Bewerber vor dem 13. Juni. Über bloße Selbstdarstellung kamen die drei Kandidaten nicht hinaus, politische Sachfragen traten völlig in den Hintergrund. „Ein paar Inhalte wären mir auch ganz sympathisch, bei allen Bewerbern“, kritisierte denn auch IG-Chemie-Chef Rappe. (Neue Presse Hannover, 28.5.93)

Peinlicher Schritt

Nach Ansicht des Juso-Bundesvorsitzenden Thomas Westphal sind die Befürchtungen der Jusos zur Mitgliederbefragung über den Parteivorsitz noch weit übertroffen worden. In einer Presseerklärung vom 3.6.1993 erklärte Westphal, daß die SPD mit der Mitgliederbefragung einen weiteren peinlichen Schritt auf dem Weg zur medienorientierten und personenfixierten Partei getan hätte: „Hat die SPD in ihren Zielen einer Parteireform noch festgestellt, daß eine bloß medienorientierte Kommunikation zu kurz greift, so agiert sie jetzt wider besseren Wissens.“

In den Empfehlungen der Kommission „SPD 2000“ zur SPD-Parteireform kom-

men Urwahl und Urabstimmung jedenfalls nicht vor.

Pantoffelkino – Sozialdemokratie

Westphal weiter: „Wenn Karlheinz Blesing in einem Brief an alle Parteimitglieder dazu auffordert, die Direktübertragung des Kandidatenstreits, ausgerechnet am Tag der Ortsvereine selbst, am Bildschirm zu verfolgen, so verkommt die SPD immer weiter (...) zur intellektuell verelendeten Pantoffelkino-Sozialdemokratie.“

Der SPD-Bezirk Hannover lädt gleichzeitig die Delegierten zum Parteitag ein, mit dem Hinweis, daß der Parteitag ganz im Dienste des Kandidaten Schröder und des Medieninteresses stehe. Damit — so Westphal — sei der Bezirksparteitag nur noch „eine Pressekonferenz mit Zuschauern.“ Dies verdeutliche, daß eine medienorientierte Inszenierung von Politikstars die Mitgliederpartei auf Dauer überflüssig mache. Ohne eine breite politische Debatte über Instrumente wie Mitgliederbefragung und Urwahl würden diese bei der SPD „in der Praxis zum Showkonzept a la Einer wird gewinnen“.

Nicht viel Neues

Die Jusos lehnen deshalb die Urwahl des Kanzlerkandidaten ab und fordern eine ernsthafte Debatte der SPD um eine echte demokratische Parteireform. So wird im SPD-Parteiorgan Vorwärts auch der Stand der SPD-Reformbemühungen scharf kritisiert: „An Neuem wird kaum etwas gewagt; um so mehr Bestehendes dafür erhalten.“ (Vorwärts, 5/93) Der CDU bescheinigt der Vorwärts dagegen, bei der Parteireform „schon weiter“ zu sein als die SPD — „an Reformeifer herrscht in der CDU jedenfalls kein Mangel“. (Vorwärts, 4/93)

SPD: Wortreich konzeptlos

Viele Worte, kaum greifbare Konzepte — so präsentieren sich die Sozialdemokraten nicht nur auf dem tagesaktuellen politischen Parkett, sondern auch in ihrer rund 350 Seiten starken Halbzeitbilanz ihrer Bundestagsfraktion. Schwarz auf weiß ist hier dokumentiert: Programm- und Führungslosigkeit in allen wichtigen politischen Fragen; und dies seit 1990.

Deutsche Einheit: Die Vorschläge zur wirtschaftlichen und sozialen Einheit Deutschlands beziehen sich auf die SPD-Position Ende Dezember 1992. Generell ist festzustellen: Beim wirtschaftlichen Aufbau in den neuen Bundesländern fällt der SPD nichts anderes ein als der Griff in die Staatskassen.

Innere Sicherheit: Nicht einmal fünf Seiten widmet die SPD dem wichtigen Thema „Innere Sicherheit“. Es bleibt in erster Linie bei Leerformeln, die an die „vornehmste Pflicht eines Rechtsstaates seine Bürger zu schützen“ erinnern. Die Lösungsansätze wirken unkoordiniert und wie ein Sammelsurium symbolischer Politikelemente. Die SPD spricht von mehr Personal und bessere materielle Ausstattung der Bereitschaftspolizei.

Wirtschaftspolitik: Wage bleibt die SPD vor allem im Bereich der Wirtschaftspolitik. Ihr Beitrag beschränkt sich im wesentlichen auf den Appell, das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz mit „neuem Leben“ zu erfüllen. Die Vorschläge dazu bleiben nebulös: die SPD will den Dialog zwischen den verschiedenen Wirtschaftspartnern wieder in Gang setzen, die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten, wirtschaftlichen Strukturwandel

erleichtern und Einkommen und Vermögen gerecht verteilen. Wie diese Ziele umzusetzen sind, steht dahin.

Außenpolitik: Die Diskrepanz zwischen ideellen Ansprüchen und politischer Wirklichkeit ist bei den außenpolitischen Erwägungen der SPD besonders groß. Die Sozialdemokraten setzen sich international vehement für die Einhaltung und den Schutz der Menschenrechte ein. Die UN soll künftig ein Gewaltmonopol haben und damit ihrer Rolle als Weltpolizei in Konfliktfällen gerecht werden. Ein weiterer Schritt in diese Richtung ist der Ausbau der KSZE. Im Rahmen des Konfliktes im ehemaligen Jugoslawien fordert die SPD, energische Schritte zu unternehmen.

Finanzpolitik: Die politischen Konzepte der SPD sind gekennzeichnet durch staatliche Subventionen und Fördergelder. Die SPD präsentiert allerdings so gut wie keine Sparvorschläge. Lediglich im Bereich des Verteidigungshaushaltes sieht sie noch Möglichkeiten, die allerdings nur wenig über die Sparmaßnahmen der Bundesregierung hinausgehen. Sie spricht zwar kurz vom Abbau von Steuergeschenken geht aber nicht konkret darauf ein. Statt dessen fordert sie erneut die Ergänzungsabgabe für Besserverdiener und Wirtschaftsunternehmen.

Fazit: Anstatt an der Lösung der innen- und außenpolitischen Probleme konstruktiv mitzuwirken, hantiert die SPD mit nebulösen Fördermaßnahmen und Programmen. Vor allem im außenpolitischen Bereich ist die Haltung der SPD von politischer Kurzsichtigkeit und Verweigerungshaltung geprägt. ■

ZEIT **Ergreifen Sie Partei!** ZUM MITMACHEN!

Über die Notwendigkeit, neue Mitglieder für die CDU zu werben, gibt es keinen Zweifel. In der letzten Zeit ist es uns nicht in ausreichendem Maße gelungen, Menschen für die Volkspartei CDU zu gewinnen und damit in den demokratischen Gestaltungsprozeß unseres Staates einzubinden. Deshalb ist es jetzt an der Zeit, das Jammertal der Politikverdrossenheit zu verlassen und gemeinsam offensiv für das Engagement in unserer demokratischen Partei zu werben.

Auch wenn es noch nicht offensichtlich ist: Wir werden in Zukunft gute Chancen für Mitgliederwerbung haben. Die langanhaltende Diskussion über Politik- und Parteienverdrossenheit hat auch dazu geführt, daß viele Menschen die Notwendigkeit politischen Engagements erkennen. Kommentare und Leitartikel greifen inzwischen das Thema auf. Die Aufrufe namhafter Persönlichkeiten zum Demokratie-Engagement sind erste Indikatoren dafür, daß eine Gegenbewegung zur allgemeinen Politikverdrossenheit entsteht.

„Zeit zum Mitmachen. Ergreifen Sie Partei!“ ist das Motto, mit dem wir zur

CDU

richtigen Zeit Zeichen setzen wollen: für Engagement und gegen Politikverdrossenheit, für Demokratie und gegen Radikalismus von links und rechts, für eine starke CDU, die allen Menschen ein offenes Angebot unterbreitet. Dabei sein und mitgestalten, wenn in Deutschland und Europa die Weichen für die Zukunft gestellt werden.

Das vorliegende Leitfaden-Paket und die von der Bundesgeschäftsstelle vorbereiteten Aktionen und Materialien sollen die Arbeit aller Parteigliederungen wirksam unterstützen: von der Zielgruppenansprache — mit Sonderteilen für junge Leute und junge Frauen — bis hin zu Aktionen zur Mitgliederwerbung — mit der Sonderaktion „Schnupper-Mitgliedschaft“.

Der Versand der Leitfaden-Pakete zur Mitgliederwerbung an die Kreisverbände erfolgt ab sofort. Darüber hinaus werden alle Kreisverbände in den folgenden Wochen individuelle Mitgliederstrukturanalysen erhalten.

Mitgliederwerbung

● Frauen im geeinten Deutschland

Bestell-Nr.: 4602
 Mindestbestellmenge: 10 Expl.
 Preis je 10 Expl.: 12,— DM

● Jugend im geeinten Deutschland

Bestell-Nr.: 4590
 Mindestbestellmenge: 10 Expl.
 Preis je 10 Expl.: 12,— DM

● Die Bedeutung der Senioren für die CDU

Bestell-Nr.: 4589
 Mindestbestellmenge: 10 Expl.
 Preis je 10 Expl.: 12,— DM
 Alle Preise inkl. Versand zuzügl. MwSt.

Frauen im geeinten Deutschland

**INFORMATIONEN
ZUR ZIELGRUPPENARBEIT
MIT FRAUEN
STAND: 1992/93**



Jugend im geeinten Deutschland

**INFORMATIONEN
ZUR ZIELGRUPPENARBEIT
MIT JUNGEN MENSCHEN
STAND: 1992/93**



Die Bedeutung der Senioren für die CDU

**ANALYSE UND VORSCHLÄGE
ZUR ANSPRACHE
DER ÄLTEREN GENERATION
DURCH DIE UNION**



MITGLIEDERWERBUNG

Leitfaden

Teil 1:
Zielgruppenansprache

Teil 2:
Aus Gästen werden Mitglieder



● Leitfaden zur
Mitgliederwerbung

Bestell-Nr.: 6591

Mindestbestellmenge: 5 Expl.

Preis je 5 Expl.: 16,— DM

Bestellungen an:

per Fax (0 54 23) 4 15 21

oder

IS-Versandzentrum

Postfach 1328

4804 Vermold

ab 1.7.1993: Postfach 11 64
33759 Vermold

Diese Wandzeitung dient zur Unterstützung der Schnupper-Mitgliederaktion und kann bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle bezogen werden.

Schnuppern Sie mal bei uns ...

CDU



Unser Angebot: Werden Sie
»Schnupper-Mitglied«

✗ 6 Monate - zeitlich begrenzt, beitragsfrei und ohne weitergehende Verpflichtung.

✗ Sie erhalten alle Informationen und Einladungen - wie ein CDU-Mitglied.

✗ Auf allen Veranstaltungen haben Sie Rederecht, Vorschlagsrecht und Mitwirkungsrecht (kein Wahlrecht).

Ihr Ansprechpartner:

Schnupperfaltkarte mit individueller

Eindruckmöglichkeit und Schnupperausweis

JA, ich will »Schnupper-Mitglied« werden.

JA, ich will gleich **CDU-Mitglied** werden.

Vorname / Name

Straße

PLZ / Ort

Telefon

Alter

Unterschrift

Unser Angebot:

Werden Sie

»Schnupper-Mitglied«

- X** 6 Monate - zeitlich begrenzt, beitragsfrei und ohne weitergehende Verpflichtung.
- X** Sie erhalten alle Informationen und Einladungen - wie ein CDU-Mitglied.
- X** Auf allen Veranstaltungen haben Sie Rederecht, Vorschlagsrecht und Mitwirkungsrecht (kein Wahlrecht).



Diese beiden Materialien sind das Ergebnis einer Modellaktion der CDU-Bundesgeschäftsstelle, die in Bremen mit sehr großem Erfolg durchgeführt wurde. Auf der Schnupperfaltkarte haben Sie durch die individuelle Eindruckmöglichkeit die Gelegenheit, die wichtigsten Ziele Ihres CDU-Verbandes bekanntzugeben und gleichzeitig die Chance, neue Schnupper- oder auch Vollmitglieder zu werben. Die genauen Modalitäten und detaillierten Erläuterungen der Schnuppermitgliedschaft finden Sie in dem neuen umfassenden Leitfaden zur Mitgliederwerbung. (Siehe nebenstehende Abb.)

Mindestbestellmenge: 1000 Expl.
Preis je 1000 Expl.: 77,- DM
zzgl. MwSt. und Versand

Zusätzlich erhalten Sie kostenlos
100 Expl. Mitgliedsausweise.

»Schnupper-Mitglied«

Nr. Gültig bis:

LV KV

Name:

Vorname:

Straße:

PLZ/Ort:

Geb.:

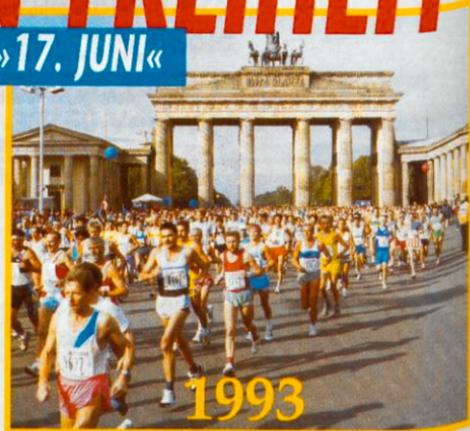
»Schnupper-Mitglied«

Bestellungen bitte an:
CDU-Bundesgeschäftsstelle
Abt. Öffentlichkeitsarbeit
Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1
(ab 1. Juli: 53113 Bonn)
Tel. (0228) 544-375 oder 282
Fax (0228) 544-411

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

EINHEIT IN FREIHEIT

40 JAHRE »17. JUNI«



Bundeskanzler Helmut Kohl:

»Der 17. Juni führt uns heute und in Zukunft vor Augen, daß Freiheit und Einheit nichts Selbstverständliches sind, sondern Ziele, für die mutige Menschen schwere Opfer auf sich genommen haben.«



Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

UID

19/1993

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje, Bernd Proffittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). **Abonnementspreis** jährlich 52,— DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.